

Medienmitteilung

Bern, 21. August 2026

Kirchensteuer für Firmen: Petition verlangt Systemwechsel

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Berner KMU und der Kantonale Kies- und Betonverband KSE haben heute der Staatskanzlei die Petition «Fairness bei der Kirchensteuer – Freiwilligkeit für Unternehmen» übergeben. Mit 574 Unterschriften von Unternehmerinnen und Unternehmern aus dem ganzen Kanton fordern die Verbände den Regierungsrat und Grossen Rat auf, die Kirchensteuer für juristische Personen freiwillig auszugestalten. Denn was für Privatpersonen gilt, muss auch für Unternehmen gelten: Wer eine Kirche unterstützen will, soll dies tun können – aber nicht müssen.

Heute können natürliche Personen im Kanton Bern aus der Kirche austreten und sich damit der Kirchensteuer entziehen. Unternehmen haben diese Möglichkeit nicht. Sie bezahlen unabhängig von Eigentümerstruktur, religiöser Ausrichtung oder Überzeugung. Diese Ungleichbehandlung ist aus Sicht der Berner Wirtschaft nicht mehr zeitgemäss. Die Petition kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt: Der Bericht zur Kirchensteuer wurde im Frühjahr 2026 zurückgewiesen und überarbeitet. In der Herbstsession 2026 soll er erneut im Grossen Rat beraten werden.

«Unternehmen sind keine Kirchenmitglieder. Sie können nicht glauben, nicht austreten und nicht frei entscheiden. Genau deshalb braucht es jetzt Wahlfreiheit statt Zwang», sagt Henrik Schoop, Direktor des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern. Auch im interkantonalen Vergleich gerät Bern unter Druck. Mehrere Kantone kennen keine Kirchensteuer für juristische Personen, andere haben abweichende oder freiwillige Modelle eingeführt. Für die Berner Wirtschaft ist klar: Die heutige Regelung belastet Unternehmen zusätzlich und schwächt die Standortattraktivität.

«Die Kirchensteuer ist für Unternehmen ein nicht unwesentlicher Kostenfaktor. KMU spüren jede zusätzliche Abgabe. Wer den Wirtschaftsstandort Bern stärken will, muss Unternehmen die gleiche Wahlfreiheit geben wie Privatpersonen», sagt Lars Guggisberg, Direktor Berner KMU. Im Jahr 2023 nahmen die Kirchgemeinden im Kanton Bern insgesamt 241,3 Millionen Franken ein. Davon stammten 41,8 Millionen Franken von juristischen Personen. Gleichzeitig weist der Bericht auf solide Finanzkennzahlen der Kirchgemeinden hin, unter anderem einen durchschnittlichen Bilanzüberschussquotienten von über 200 Prozent.

«Freiwilligkeit heisst nicht weniger Solidarität. Im Gegenteil: Unterstützung ist stärker, wenn sie aus Überzeugung erfolgt – nicht per Steuerrechnung», sagt Andreas Hegg, Präsident Kantonalen Kies- und Betonverband KSE. Der Regierungsrat stellt eine Freigrenze für kleinere Gewinne in Aussicht, hält aber grundsätzlich am heutigen System fest. Für die drei Verbände greift dieser Ansatz zu kurz. Der Kern des Problems ist nicht die Höhe der Steuer, sondern der fehlende Entscheidungsfreiraum für Unternehmen. Die Berner Wirtschaft fordert deshalb eine konsequente Systemkorrektur: Die Kirchensteuer für juristische Personen soll freiwillig werden.

Weitere Informationen:

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48

Lars Guggisberg, Direktor Berner KMU, 079 621 48 78

Andreas Hegg, Präsident KSE Bern, 079 421 52 21